

Protokoll der Pressekonferenz der Deutschen Bundesbank am 31. Oktober 2003 - nach Bandaufnahme -

Ernst Welteke, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Seit 1. Mai 2002 ist der neue Vorstand der Deutschen Bundesbank im Amt. Mit dieser neuen, gestrafften Leitungsstruktur hat der Gesetzgeber die institutionellen Voraussetzungen für eine rationellere und wirtschaftlichere Aufgabenerfüllung geschaffen.

Ich habe früher oftmals darauf hingewiesen, dass der Zentralbankrat in seiner früheren Zusammensetzung das geeignete Gremium für die geldpolitischen Entscheidungen gewesen ist, im Hinblick auf die betriebswirtschaftliche Steuerung der Bank jedoch Mängel aufgewiesen hat. Die einzelnen Schritte, die wir seitdem unternommen haben, sind folgende:

Wir haben unverzüglich mit der Arbeit begonnen und haben weitreichende Beschlüsse zur Reform der inneren Struktur und Aufgabenverteilung zwischen Zentrale, Hauptverwaltungen und Filialen gefasst. Die Maßnahmen werden momentan umgesetzt und bis etwa Ende 2005 weitgehend abgeschlossen sein.

Parallel hierzu ist das Dienstleistungsangebot im Barzahlungsverkehr, aber auch in anderen Geschäftsfeldern (z. B. Kontoführung für Wirtschaftsunternehmen) auf das Kerngeschäft konzentriert worden. Im Ergebnis wird beispielsweise die Leistungspalette im Münzgeldbereich deutlich auf die im Euroraum vereinbarten einheitlichen Standardleistungen gestrafft. Wir haben bei der Überprüfung unseres Bargeldangebots feststellen müssen, dass wir weit überdurchschnittliche Leistungen erbracht, aber oft nicht zu kostendeckenden Preisen angeboten haben. Das haben wir inzwischen geändert und unseren Kunden mitgeteilt.

Auch im Filialbereich bestand bei Amtsantritt des Vorstands der Deutschen Bundesbank Handlungsbedarf.

Dort galt es den seit Anfang der 90er Jahren begonnenen, aber – auch durch die Unsicherheiten im Zusammenhang mit der Euro-Bargeldeinführung - ins Stocken geratenen Konsolidierungsprozess wieder aufzunehmen und die Filialstruktur an die veränderten Rahmenbedingungen - wie rasch fortschreitende Automatisierung von Bankdienstleistungen, Konzentration im Bankgewerbe, gravierende Änderungen in der Notenbankrefinanzierung nach dem Übergang der geldpolitischen Kompetenz auf die Europäische Zentralbank - anzupassen.

Der Vorstand hatte deshalb in einem ersten Schritt bereits in der 2. Sitzung am 8. Mai 2002 beschlossen, alle ehemaligen Zweigstellen (52 Zweigstellen) in unselbständige Betriebsstellen umzuwandeln und innerhalb von fünf Jahren, spätestens mit Ablauf des 30. April 2007 zu schließen. Über die Hälfte dieser 52 Zweigstellen sind inzwischen schon geschlossen worden. Die Zahl der Standorte wurde auf 66 Filialen limitiert.

Bereits damals war klar, dass unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten und angesichts des Bedarfs der Kunden an Notenbankdienstleistungen, im Wesentlichen die Bargeldversorgung, eine weitere Konsolidierung des Filialnetzes erforderlich sein würde.

Vor diesem Hintergrund hat der Vorstand am 30. Oktober 2003 entschieden, mit einem Zeithorizont bis Ende 2007 weitere 21 Filialen zu schließen. Davon wurden 18 Standorte bereits festgelegt, hinsichtlich dreier Standorte ist noch abschließend zu entscheiden. Die Personalvertretung hat ein Mitwirkungsrecht. Das Verfahren ist bereits eingeleitet worden.

Der Entscheidung des Vorstands sind umfangreiche Untersuchungen vorausgegangen.

Jeder einzelne Filialstandort wurde nach einheitlichen Kriterien wie

- Kundenstruktur,
- Geldaufkommen,
- Verkehrsanbindung,
- bauliche Gegebenheiten und
- Personalsituation

untersucht.

Die einzelnen Kriterien wurden nochmals weiter aufgeschlüsselt, so dass rund 200 Einzelaspekte bei jeder Filiale untersucht worden sind. Die Arbeitsgruppe, die die Untersuchung vorgenommen hat, bestand nicht nur aus Mitarbeitern der Zentrale, sondern auch aus Mitarbeitern der Hauptverwaltungen und der Filialen in wechselnder Zusammensetzung.

Aufgrund der Ergebnisse wurde ein Konzept unter Berücksichtigung des Geldaufkommens, der Bearbeitungskapazitäten und der Flächenabdeckung erarbeitet, das einerseits die Ressourcen der Bundesbank - auch für künftige zusätzliche Aufgaben - nicht zu knapp bemisst, andererseits aber längerfristige Planungsperspektiven bietet.

Mit dieser Entscheidung ist der letzte wesentliche Baustein der Strukturreform der Deutschen Bundesbank gesetzt und das Filialnetz für absehbare Zeit festgelegt.

Die Entscheidung zum jetzigen Zeitpunkt war erforderlich, um

- einerseits für die Bargeldakteure (unsere Kunden) Planungs- und Investitionssicherheit zu schaffen und
- andererseits intern deutliche Signale für den Abschluss der wesentlichen Restrukturierungsmaßnahmen zu setzen.

Ein Hinauszögern hätte - abgesehen von den Kosten, die damit verbunden gewesen wären - den Handlungsdruck nur erhöht und wäre gegenüber den Kunden nicht vertretbar gewesen. Im Übrigen hat die Deutsche Bundesbank bereits Mitte des Jahres dem Zentralen Kreditausschuss (ZKA) und den übrigen Bargeldakteuren im Zusammenhang mit den Entscheidungen zur Neuausrichtung im Bargeldverkehr zugesagt, die Beteiligten bis Ende dieses Jahres über die dauerhaft bestandsfesten Standorte zu unterrichten.

Darüber hat es eine interne wie auch eine externe Kommunikation gegeben. Wenn einige der Meinung sind, dieses Vorgehen wäre eine überfallartige Aktion gewesen, dann stimmt das so nicht. Alle Filialen sind im Laufe der Untersuchungen aufgesucht worden. Auch dem Personalrat war bekannt, wie die Entwicklung aussehen würde. Die jetzige Aktion kam also nicht überraschend.

Die Konzentration auf 45 Standorte ermöglicht eine wesentlich wirtschaftlichere Geldbearbeitung, damit werden nicht mehr benötigte Kapazitäten abgebaut. Wir haben auch damit auch die Fehlentwicklungen der Vergangenheit korrigiert. Diese waren nicht von Vornherein als Fehlentwicklungen zu identifizieren, da es immer große Unsicherheiten gegeben hat und die Entwicklung oft anders verlaufen ist als gedacht. Allein durch den Abbau von Überkapazitäten können nach überschlägigen Schätzungen jährlich Kosten in Höhe von rund 70 Mio. € eingespart werden; die Kosteneinsparungen nach Umsetzung aller Strukturmaßnahmen dürften sich auf jährlich rund 280 Mio. € belaufen.

Obwohl das Filialnetz in Zukunft durch die Entscheidung grobmaschiger wird als bisher, bleibt die Präsenz der Deutschen Bundesbank in der Fläche im Grundsatz erhalten.

Die Versorgung mit Notenbankdienstleistungen wird hierdurch nicht berührt, sondern bleibt sichergestellt.

Durch die Standortwahl der verbleibenden 45 Filialen (Anlage 2; Karte) wird gewährleistet, dass sich die Filialen in den Regionen in Bezug auf Bevölkerungszahl, Flächenab-

deckung und Wirtschaftskraft in etwa ausgewogen verteilen. In Gegenden mit hoher Bevölkerungsdichte werden mehr Filialen erhalten bleiben als in Gegenden, wo die Bevölkerungsdichte geringer ist.

Für die Umsetzung der Vorstandsbeschlüsse ist bewusst ein enger Zeitrahmen bis Ende 2007 gewählt. Aufgrund der Erfahrungen in der Vergangenheit ist davon auszugehen, dass sich die Kunden rasch auf die neuen Rahmenbedingungen einstellen und ihr Geschäft auf die bestandsfesten Filialen konzentrieren.

Von den anstehenden Schließungen sind auch Filialstandorte betroffen, deren Gebäude zum Schließungstermin möglicherweise nicht einmal zehn Jahre in Betrieb waren. Die überwiegende Zahl dieser Neubauten wurde im Zuge der Wiedervereinigung unter den damaligen Gegebenheiten und schwerpunktmäßig nach regionalen Gesichtspunkten der vormaligen Landeszentralbanken errichtet. Ergänzend kann man darauf hinweisen, dass zu diesem Zeitpunkt die Auswirkungen der Währungsunion auf das Geschäft der Filialen nicht absehbar waren. Obwohl diese Gebäude noch nicht gänzlich abgeschrieben sind, wäre ein Weiterbetreiben dieser Filialen allein unter diesem Aspekt die unwirtschaftlichste Variante.

Die Schließung von 21 Filialen betrifft rund 1.550 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter d.h. jedoch nicht, dass in gleichem Umfang Arbeitsplätze entfallen. Vielmehr wird ein Teil der Beschäftigten in den verbleibenden Filialen benötigt. Die mit der Schließung der Filialen verbundenen personellen Maßnahmen werden so sozialverträglich wie möglich gestaltet. Wir verzichten auf betriebsbedingte Kündigungen.

Nach der Umsetzung der Maßnahmen Ende 2007 wird die Deutsche Bundesbank seit Beginn des Jahres 2003 gut ein Viertel ihrer Stellen abgebaut haben (Anlage 3).

Für drei Standortpaare ist noch keine endgültige Entscheidung getroffen worden. Nach nochmaliger detaillierter Überprüfung der Argumente wird die Entscheidung im Laufe die-

sen Jahres fallen. Es handelt sich um die Orte Oldenburg – Bremen, Göttingen – Kassel und Mannheim – Ludwigshafen. Jeweils ein Standort wird dann bestandsfest und der andere geschlossen.

Insgesamt sind 18 Standorte zur Schließung vorgeschlagen: Dazu gehören Heilbronn, Frankfurt an der Oder, und Potsdam. Zu den Standorten, welche uns aus regionalen Gesichtspunkten großes Kopfzerbrechen machen und vor allem, weil sie relativ neu sind, gehören Lüneburg, Braunschweig, Halle an der Saale und Schwerin (Als wir am 1. Mai vergangenen Jahres im Vorstand die Arbeit aufnahmen, gehörte zu unserer ersten Entscheidung, auf einen Neubau in Schwerin zu verzichten). Weiter Darmstadt, Wiesbaden, Bonn, Hamm, Minden, Mönchengladbach, Münster, Wuppertal, Trier, Kaiserslautern, Gera.

Der Liste können Sie auch entnehmen, welche der 42 Filialen der Deutschen Bundesbank jetzt als bestandsfest gelten. Es kommen weitere drei der eben erwähnten Standortpaare hinzu.

Die Reduzierung des Personals um ein Viertel ist ohne Frage beträchtlich. Dabei ist Folgendes anzumerken:

1. Der Stellenabbau und die damit einhergehende Personalanpassung erfolgen nicht auf einen Schlag, sondern sukzessive über die nächsten fünf bis acht Jahre.
2. Der Altersaufbau in der Bank ist für einen Personalabbau insgesamt günstig. Die Jahrgänge, die in den nächsten Jahren in den Ruhestand treten, sind besonders stark besetzt.
3. Ein Vorruhestandsmodell, das es Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, soweit sie Angestellte sind, ermöglicht bereits mit 55 Jahren - unter Inkaufnahme von Einkommens- und Renteneinbußen und damit ohne Belastung der Sozialkassen - aus der Bank auszuscheiden. Aufgrund der Altersstruktur ist dieses Instrument für die Personalanpassung überaus wichtig und auch wirksam. Rund 1200 Arbeitnehmer sind ge-

genwärtig 55 Jahre und älter. Weitere rund 1600 Arbeitnehmer erreichen diese Altersgrenze in den kommenden fünf Jahren.

4. Gegen Ende d. J. laufen darüber hinaus 500 Zeitarbeitsverträge aus, die wir für die Euro-Bargeldeinführung benötigt haben. Das ist natürlich für viele der 500 Zeitbeitsvertragsinhaber eine bedauerliche Situation. Wir können sie aber nicht dauerhaft beschäftigen, weil das Bargeldgeschäft deutlich zurückgeführt wird.
5. Die Einstellungspolitik der Bank ist seit längerem sehr restriktiv, mit einer Ausnahme: In Anbetracht der Ausbildungssituation haben wir uns entschlossen, in diesem Jahr erneut deutlich über unseren Bedarf hinaus Bürokaufleute auszubilden. Dennoch verfahren wir bei der Übernahme deutlich restriktiv.

Personalanpassungsmaßnahmen sind bereits in vollem Gang. Allein in diesem Jahr wird der Personalbestand um etwa 10 % von rd. von rund 15.800 auf 14.100 reduzieren.

Der Vorstand hat sich bei allen personellen Entscheidungen immer von dem Gedanken leiten lassen, die Belastungen sozialverträglich auszugestalten. Gleichwohl lässt sich ein solcher Umstrukturierungsprozess nur bewältigen, wenn an die Beschäftigten hinsichtlich der fachlichen und räumlichen Mobilität hohe Anforderungen gestellt werden.

Während des Strukturprozesses werden Personalüberhänge nicht ganz zu vermeiden sein. Deshalb haben wir uns frühzeitig entschieden, dass

- der Personalabbau ohne betriebsbedingte Kündigungen erfolgen wird,
- den Betroffenen Mobilitätshilfen angeboten werden, wenn sie ihren bisherigen Wohnort wegen eines Dienstortwechsels ändern müssen,
- den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern entsprechende Umschulungsmaßnahmen angeboten werden, sowohl für interne als auch für externe Weiterbeschäftigung,
- finanzielle Hilfen beim Wechsel zu einem anderen öffentlichen Arbeitgeber angeboten werden.

Wir haben diese Maßnahmen mit der Personalvertretung intensiv besprochen und Ende letzten Jahres mit dem Hauptpersonalrat eine *Dienstvereinbarung zur Begleitung der Strukturreform* abgeschlossen. Es ist leider nicht gelungen, auch für die Beamten eine entsprechende Regelung zu erreichen. In der derzeitigen haushaltspolitischen Situation sahen sich die Bundesregierung und der Bundesfinanzminister dazu nicht in der Lage.

Frage:

Sie haben gesagt, dass von der Schließung der 21 Filialen 1550 Beschäftigte betroffen sind und ein Teil davon in anderen Filialen beschäftigt werden könnte. Wie viele Mitarbeiter werden endgültig abgebaut?

Ernst Welteke, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Am 1. Januar 2003 hatten wir 15.834 Mitarbeiter. Ende 2007 werden wir nach unseren Prognosen insgesamt 11.100 Mitarbeiter haben. Von den 15.834 Mitarbeitern waren in der Zentrale und den Hauptverwaltungen zum 1. Januar 2003 7.539 beschäftigt. Ende 2007 werden es noch 6.550 Mitarbeiter sein. In den Filialen wird der Personabbau durch die Strukturmaßnahmen sehr groß sein. Das Personal wird von 8.295 auf 4.550 um fast die Hälfte abgebaut, wenn von ursprünglich über 120 Filialen nur noch 45 Filialen bestehen werden.

Frage:

Wie viele Mitarbeiter braucht die Bundesbank noch für die Erfüllung ihrer Aufgaben?

Dr. Hans Georg Fabritius, Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bundesbank:

Wir haben eine ganze Reihe von Kriterien zu berücksichtigen, wenn wir unsere zukünftigen Aufgaben der Bargeldversorgung gerecht werden sollen. Wir müssen mit unseren Filialen in der Fläche präsent sein, damit die Logistik funktioniert, was insbesondere aus Sicherheitsgründen notwendig ist. Ebenso müssen wir berücksichtigen, an welchen Standorten wir welche Maschinen aufstellen können. Den erforderlichen Personalabbau können wir ohne betriebsbedingte Kündigungen durchführen. Zum einen haben wir eine natürliche Fluktuationsrate. Außerdem gibt es die Vorruhestandsregelung für Angestellte, und für Beamte die Möglichkeit zur Altersteilzeit.

Pro Jahr werden wir möglicherweise einen Überhang von 500 bis 1000 Personen haben. Auch Ende 2007 werden wir nach unseren Rechnungen noch einen gewissen Überschuss haben, der aber durch unsere Maßnahmen, die kontinuierlich weiter wirken, innerhalb kurzer Zeit abgebaut werden kann. Nach unseren Schätzungen werden wir insgesamt gut ein Viertel bis 30 % Personal abbauen.

Frage:

Wie kalkulieren Sie betriebsnotwendige Aufgaben, die für die Bargeldversorgung notwendig sind? Gibt es nicht insgesamt viel Doppel- und Dreifacharbeit im Eurosystem? Wie wirken sich die Kostensenkungen auf den Bundesbankgewinn aus?

Ernst Welteke, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Es gibt einen einheitlichen Standard dafür, welche Leistungen innerhalb der Bargeldversorgung angeboten werden. Wie das die jeweilige Notenbank aber gestaltet, das kann sie selber entscheiden. Was die Rationalisierung und die Effizienz der Abwicklung angeht, kann die Bundesbank dem Vergleich auf europäischer Ebene auf jeden Fall standhalten. Man darf nicht darüber hinwegsehen, dass sich eine ganze Reihe von Notenbanken in dem gleichen Prozess wie wir befinden. Die Banque de France hat es zum Beispiel sehr viel schwerer als wir mit dem Stellenabbau, weil die Mitwirkungsmöglichkeiten der Politik sehr viel größer sind als bei uns. Die Einsparungen wirken sich in diesem Jahr auf den Bundesbankgewinn nur in geringem Maße aus. Wir veröffentlichen dies im kommenden Frühjahr.

Dr. Hans Georg Fabritius, Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bundesbank:

Wir kommen durch den veränderten Einsatz der Maschinen in der Bargeldbearbeitung möglicherweise auch zu anderen Arbeitszeitmodellen, wie Blockarbeitszeit oder verteilten

Arbeitszeiten, was auch von den Mitarbeitern gewünscht wird. Dies ermöglicht uns, an weniger Standorten ein nicht geringeres Volumen von Banknotenbargeld zu bearbeiten.

Im Münzgeldbereich werden wir uns mittelfristig weit gehend zurückziehen, so dass wir nur noch große Standardeinheiten liefern und zurücknehmen. 2007 werden wir nur noch Münzcontainer in großem Umfang annehmen und auch abgeben. Wir haben natürlich auch gewisse Restrukturierungskosten. Die Zahl von 280 Mio. Euro pro Jahr ist als grobe Schätzung genannt worden. Aber die Restrukturierungskosten sind im Vergleich verschwindend gering. Der Personalaufwand der Bundesbank liegt nach der letzten Gewinn- und Verlustrechnung etwa bei 1 Mrd. Euro und die Sachaufwendungen (plus Abschreibung ohne Notendruck) bei rund 300 Mio. Euro. Daran erkennen Sie die Relation.

Frage:

Sie haben vorhin von 70 Mio. Euro gesprochen und von 280 Mio. Können Sie diese zwei Zahlen noch mal genauer erläutern?

Ernst Welteke, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Durch die Schließung der 21 Filialen sparen wir 70 Mio. Euro. Durch alle Maßnahmen zusammen sparen wir ca. 280 Mio Euro ein.

Frage:

Könnten Sie die Regelung für die Beamten bitte noch einmal erläutern?

Ernst Welteke, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Wir hatten für die Beamte ein vergleichsweise günstige Regelung zum frühzeitigeren Ausscheiden aus dem Arbeitsleben vorgesehen. Die Durchsetzung wäre aber nur auf gesetzli-

chem Wege möglich gewesen. Der Bundesgesetzgeber sieht sich im Augenblick außer Stande, solche Regelungen zu vereinbaren.

Dr. Hans Georg Fabritius, Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bundesbank:

Wir haben die Regelung für Altersteilzeit für Beamte, die auch in stärkerem Umfang genutzt wird als vorher. Das bedeutet, dass Beamte ab dem 55. Lebensjahr diese Regelung nutzen können. Entweder arbeiten sie z.B. in Vollzeit weiter und verzichten auf einen Teil ihres Gehalts, sie kommen Netto dann auf 83 %. Dann können sie die letzten fünf Jahre in die Altersteilzeit gehen. Oder sie reduzieren ihre Arbeitszeit von Beginn an und arbeiten bis zum regulären Pensionsalter weiter. Die finanziellen Bedingungen sind die gleichen.

Frage:

Herr Welteke, Sie hatten von zusätzlichen Aufgaben gesprochen, die möglicherweise kommen. Was kann man sich darunter vorstellen?

Ernst Welteke, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Wir haben die Zumessung von Flächen für die einzelnen Filialen zur Bewältigung der Aufgaben so ausgelegt, dass noch Flexibilität vorhanden ist. Es ist nicht die Rede von zusätzlichen Aufgaben, die die Filialen bewältigen sollen.

Wir wissen noch nicht genau, wie sich das Bargeldaufkommen entwickelt. Es kann auch durchaus an einem Standort noch steigen. Dann möchten wir flexibel im Sinne unserer Kunden, der Werttransportunternehmen und Banken, reagieren können.

Frage:

Was ist der ausschlaggebende Grund für die Umstrukturierung? War es einfach betriebswirtschaftlich nicht notwendig, so viele Zweigstellen zu haben oder war der Auslöser die Einführung des Euro?

Ernst Welteke, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Früher war das Filialgeschäft durch den unbaren Zahlungsverkehr dominiert. Dreimal am Tag trugen die Bankangestellten in meiner Heimatstadt Korbach in schwarzen Aktentaschen die Überweisungsbelege zur Filiale der Landeszentralbank in Hessen und holten wieder welche für die Hauptgenossenschaft in Korbach oder für die Kreissparkasse ab. Die Bargeldbearbeitung war in diesen Filialen ein komplementäres Geschäft. Bei dieser dezentralen Struktur war das relativ teuer, weil das Bargeldgeschäft zusätzlich hohe Sicherheitsanforderungen an jedes Gebäude gestellt hat. Das hätte man für Überweisungsbelege z. B. nicht gebraucht. Den unbaren Zahlungsverkehr in Belegform gibt es nicht mehr. Der findet heute online statt. Damit fehlt den Filialen dieser Teil des Geschäfts schon seit etlichen Jahren. Die Bargeldbearbeitung an so vielen Standorten, mit den Sicherheitskosten, den Maschinenkosten usw. ist somit unwirtschaftlich geworden. Wir müssen uns auf weniger Standorte konzentrieren, damit wir wegen der hohen Fixkosten wieder wirtschaftlich arbeiten. Auch die Einführung von Geldausgabeautomaten, deren Beschickung heute nicht mehr durch die Banken selbst, sondern durch Geldtransportunternehmen erfolgt, spielt eine gewisse Rolle. Aber das ist marginal. Das hat deshalb mit der Einführung des Euro also relativ wenig zu tun.

Frage:

Was bedeutet das für die Kundschaft? Wie läuft die Organisation mit dem privaten Transportgewerbe. Gibt es Beschwerden?

Dr. Hans Georg Fabritius, Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bundesbank:

Im Bereich der Banknoten ändert sich unser Dienstleistungsangebot eigentlich nicht, bis auf die Tatsache, dass wir das Bargeldgeschäft auf weniger Stellen konzentrieren. Wir sind nach wie vor in diesem Geschäft tätig. Wir werden unsere Leistungen jetzt allerdings genau bepreisen, so dass wir kostendeckend arbeiten.

Im Münzgeschäft sieht das ein bisschen anders aus. Wir wollen hier unsere Aktivitäten zurückführen. Es kann ja nicht sein, dass nur die Notenbank Münzen zählen kann. Nicht jede Münze, die bei Supermärkten eingeliefert und auch ausgeliefert wird, muss durch die Filiale der Deutschen Bundesbank laufen. Es gibt ja spezielle Unternehmen, die die Entsorgung vornehmen oder die Münzen auch zu den neuen Abnehmern transportieren und möglicherweise einen Zwischenschritt in der Bearbeitung machen. Wir werden natürlich die Eurostandardprodukte im Münzbereich weiterhin annehmen und auch abgeben. Das sind z.B. bestimmte Rollengebinde in einer bestimmten Norm. Dies ist natürlich nicht kostenfrei. Später werden wir dazu übergehen, nur noch größere Standards in diesem Geschäft zu bewegen, nämlich Container. Wir werden weiterhin aber darauf achten, dass die Qualität im Münzgeldbereich erhalten bleibt. Wir sind aber der Meinung, dass die Münzbearbeitung keine Aufgabe der Deutschen Bundesbank mehr ist.

Frage:

Wie viele Beschäftigte hatte die Bundesbank beim Höhepunkt?

Ernst Welteke, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Wir hatten Anfang der 90er-Jahre 220 Filialen und etwa 18.000 Beschäftigte.

Frage:

Gibt es innerhalb des Eurosystems einen Meinungs austausch über die optimale Betriebsgröße der Nationalbanken? Welches sind die Stärken der Bundesbank? Wo wandern Dienstleistungen an andere Systeme ab?

Ernst Welteke, Präsident der Deutschen Bundesbank:

Es gibt in den unterschiedlichsten Arbeitsgruppen auf ESZB-Ebene einen entsprechenden Informationsaustausch. Es gibt eine so genannte Council Task Force, die sich damit befasst, wie die Nationalbanken die Geschäfte organisiert haben. Außerdem gibt eine Arbeitsgruppe, die die Kosten erfasst, damit wir diese möglicherweise auch für bestimmte Dienstleistungen miteinander vergleichen können. Aber an sich ist jede nationale Notenbank autonom. Aber wir müssen uns im Wettbewerb der Notenbanken bewähren, und es wird sich sicherlich ein Benchmarking unter den Notenbanken im Europäischen System der Zentralbanken entwickeln. Es gibt im EZB-Rat keine Vorgaben zur Abwicklung von Dienstleistungen. Das würde dem Maastrichtvertrag nicht entsprechen und die Autonomie der einzelnen Notenbank zu sehr beeinträchtigen.